

NDR

Hilfspolizist beim Radio

Ein NDR-Hörfunkredakteur hat der Staatsanwaltschaft Saarbrücken für ein Ermittlungsverfahren (Az. 29 Js 30/09) den Mitschnitt einer Rede des NPD-Funktionärs Udo Pastörs zukommen lassen. Die Saarbrücker Fahnder prüfen, ob sich der Rechtsextremist beim politischen Aschermittwoch der Saar-NPD der Volksverhetzung schuldig gemacht haben könnte. Das ZDF, das auch Aufnahmen gemacht hatte, lehnte die Bitte der Ermittler um Herausgabe seines Materials ab. Der ZDF-Jurist teilte der Staatsanwaltschaft mit: Das ZDF sei „zu strikter Neutralität verpflichtet“ und könne „keine Rechercheaufgaben zu Ermittlungszwecken“ durchführen. Der NDR-Radiomann, der selbst nicht bei der NPD-Veranstaltung war, hatte offenbar weniger Hemmungen, als Hilfspolizist tätig zu werden. Er bat Kollegen des NDR-Fernsehens um den Gesamtmitschnitt der Pastörs-Rede, die ein Team des Satiremagazins „Extra 3“ gedreht hatte, und schickte das Tondokument mit seiner Visitenkarte und freundlichen Grüßen an die Staatsanwaltschaft. Ein NDR-Sprecher bestätigte den Vorgang. Der Redakteur habe „mit der Überlassung des Materials an die Staatsanwaltschaft seine Recherchen vertiefen“ wollen. „Der NDR billigt die Herausgabe des Gesamtmitschnitts der Rede nicht. Der NDR gibt nicht gesendetes Material nicht an Ermittlungsbehörden heraus.“



BR-Sendezentrum in München

HANS SEIDENABEL / ACTION PRESS

BAYERISCHER RUNDFUNK

Neuer Job für Wilhelm?

Angela Merkels Regierungssprecher Ulrich Wilhelm ist als neuer Intendant beim Bayerischen Rundfunk im Gespräch. Mehrere Mitglieder des BR-Rundfunkrats bestätigen, dass Wilhelm ein möglicher Kandidat für die Nachfolge von Thomas Gruber ist, dessen Vertrag Ende 2011 ausläuft. „Der Name Wilhelm wird genannt“, sagte auch der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser. „Wie groß seine Chancen sind, kann man erst beurteilen, wenn die anderen Bewerber klar sind.“ Wilhelm war mehrere Jahre als Journalist tätig, darunter auch ein Jahr in der Chefredaktion des BR. Er hatte früh gesagt, dass er aus familiären Gründen nur eine Legislaturperiode in Berlin bleiben wolle. In der CSU heißt es, Wilhelm, langjähriger Sprecher des früheren Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, sei ein erstklassiger Kandidat. Er sei auch den nicht parteipolitisch gebundenen Mitgliedern des Rundfunkrats vermittelbar. Als weiterer Kandidat gilt Gottfried Langenstein, im Moment Direktor des ZDF-Ablegers 3sat und Präsident von Arte. Ein Vortrag Langensteins bei der letzten Rundfunkratsitzung wird BR-intern als Bewerbung gewertet. „Wilhelm wie Langenstein hätten sehr gute Chancen“, heißt es in der Leitungsebene des Senders. Der kommende Intendant muss erstmals seit Jahrzehnten gewählt werden, ohne dass die CSU in Bayern eine absolute Mehrheit hat.



Wilhelm

LAURENCE CHAPERON

MEDIENPOLITIK

„Wir wären ja verrückt“

Kulturstaatsminister Bernd Neumann, 67 (CDU), über staatliche Hilfen für die kriselnde Presse

SPIEGEL: Der Staat rettet Opel, diskutiert über Geld für Arcandor. Muss er bald auch darbenenden Verlagen helfen?

Neumann: Der Erhalt der Pressevielfalt ist ganz wichtig. Aber wir halten – im Übrigen im Einvernehmen mit der Mehrheit der Verantwortlichen in den Verlagen – nichts von staatlichen Subventionen. Das würde eindeutig auch die verfassungsrechtliche Frage nach der Unabhängigkeit der Presse aufwerfen. Wann immer der Staat Mittel vergibt, nimmt er auch Einfluss. Es gibt bisher auch keine Forderung in diese Richtung, und wir wären ja verrückt, die Verlage mit Steuermitteln zwangszubeglücken.

SPIEGEL: Viele Verleger – etwa WAZ-Chef Bodo Hombach oder Springer-Chef Mathias Döpfner – fordern aber eine Lockerung der Kartellregeln, um Fusionen zu erleichtern.

Neumann: Ich glaube auch, dass wir in der kommenden Legislaturperiode das Kartellrecht erneut auf den Prüfstand stellen sollten. Aktuell höre ich vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger,



Neumann

CHRISTIAN THIEL / IMAGO

dass die Verleger sich nunmehr auf einen Reformvorschlag geeinigt haben. Wenn wir die Details kennen, werden wir uns mit den anderen Verbänden abstimmen und gegebenenfalls einen erneuten Anlauf zur Reform des Pressefusionsrechts unternehmen. Wichtig wäre zudem, dass wir im Urheberrecht etwas tun. Deshalb sollte ein Leistungsschutzrecht für Preserverlage gesetzlich verankert werden.

SPIEGEL: Womöglich ist mancherorts das Geschäftsmodell Zeitung in absehbarer Zeit keines mehr, weil die Leser verlorengelangen.

Neumann: Das wäre erschreckend. Wir wollen keine zeitungsfreien Zonen und müssen alles tun, um das zu verhindern, aber ich kann mir für die Presse keinen gesetzlichen Grundversorgungsauftrag wie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorstellen. Deshalb sind alle, auch die Verlage, verantwortlich dafür, Sorge zu tragen, dass so etwas nicht eintritt.